

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 60 A

BERLIN • Freitag, den 11. März 1932

1. JAHRGANG

Die Schweiz, das Land der „freien Bauern“.

Von Mascha Oetli.

Die Schweiz gilt noch als verhältnismäßig krisenfestes Land. Davon zeugen die vielen Kapitalien, die in die Schweiz geflüchtet sind, um dort in Form von Gold, von Banknoten oder von Häusern und Liegenschaften bessere Zeiten abzuwarten. So stieg der Goldbestand der Nationalbank vom Dezember 1929 bis zum Dezember 1931 von 533 Millionen Franken auf 2347 Millionen Franken, der Notenumlauf von 953 Millionen Franken auf 1609 Millionen Franken.

In der Tat: Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz — obwohl sie im Steigen ist — im Vergleich zu Deutschland minimal. Im Durchschnitt des Jahres 1931 zählte man rund 24 000 Stellensuchende. Daß diese Zahl nicht erheblich ist, zeigt folgender Vergleich: Im ersten bis dritten Quartal 1931 betrug die Zahl der Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte rund 81 000 gegenüber rund 63 000 im gleichen Zeitschnitt 1929. Diese hohe Zahl von Einreisebewilligungen ist zum Teil auf einen saisonmäßigen oder sogar chronischen Mangel an einheimischen Arbeitskräften in der schweizerischen Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Hotelgewerbe und bei den Dienstboten zurückzuführen, zum Teil allerdings auch auf den erhöhten Andrang von ausländischen Arbeitskräften wegen der schlechten Lage des Arbeitsmarktes in den umliegenden Ländern.

Ein weiteres Zeichen dafür, daß die Krise in der Schweiz nicht so tief geht: Der Bau von Wohnungen ist in ständigem Steigen und hat 1931 einen neuen Höchststand erreicht. Wer von Deutschland in die Schweiz reist, bleibt erstaunt stehen vor den vielen Baugerüsten in den Städten und Vororten. Ein für ihn ganz ungewohntes Bild.

Ganz unberührt ist aber auch die Schweiz nicht geblieben von der Krise der umliegenden Länder. Es ist dies gar nicht anders zu erwarten bei einem Land, das derart vom Ausland abhängt. Vor allem hat die Schweizer Exportindustrie unter der abnehmenden Kaufkraft des Auslandes zu leiden. Allein von 1930 bis 1931 ist die Ausfuhr mengenmäßig um rund ein Viertel zurückgegangen. Der wertmäßige Rückgang der Ausfuhr betrug in der gleichen Zeit in der Uhrenindustrie 88 Prozent, in der Metall- und Maschinenindustrie 29 Prozent, in der Textilindustrie 21 Prozent. Das Hotelgewerbe leidet unter einem Rückgang der Gäste.

Andererseits haben einige einheimische Industrien unter einer vermehrten Einfuhr stark verbilligter Waren zu leiden. So stieg z. B. die Einfuhr von Holz, von Schuhen, von Konfektionswaren, von Fahrzeugen, von tierischen Nahrungsmitteln, von Futtermitteln.

Die steigende Passivität der Handelsbilanz macht den davon Betroffenen, der Landwirtschaft und einem Teil der Industriellen, viel Kopfzerbrechen. In allen Zeitungen tauchen Pläne auf zur Sicherung der Schweiz gegen eine Verschärfung der Krise. Die Industriellen sehen das Heil hauptsächlich in einer Senkung der Produktionskosten: Anpassung der schweizerischen Produktionskosten an die des Auslandes, ist ihre Parole. So schrieb z. B. der Arbeitgeberverband Schweizer Maschinen- und Metallindustrieller in seinem Jahresbericht 1930:

„Die Senkung der Produktionskosten durch Herabsetzung der Steuern, Frachten, Abgaben und der Löhne und Gehälter bzw. die Anpassung des Lebensstandards an die bestehenden reduzierten Verdienstmöglichkeiten ist auch in der Schweiz eine Forderung der Stunde.“

Also: Senkung der Löhne und, um nicht gar zu unmenschlich gegenüber den Arbeitern zu erscheinen: Senkung der Lebenshaltungskosten.

Anders sind die Pläne der Bauern. Um diese zu verstehen, müssen wir uns erst ein Bild von der schweizerischen Landwirtschaft machen.

Im Ausland kennt man den Schweizer Käse, das Schweizer Zuchtvieh, die Viehherden in den Bergen, die jodelnden Sennen. Wer dazu noch „Wilhelm Tell“ gelesen hat, der stellt sich die Schweiz als das ge-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Die KP antwortet Löbe.

Zwei verschiedene Sprachen.

Die Antwort der „Roten Fahne“ auf LÖBES offenen Brief an die Kommunisten ist da (Ausgabe vom Donnerstag).

Obwohl man voraussehen konnte, welches ihr Inhalt sein würde, wirkt es doch erschütternd, das Dokument zu lesen: es ist, wie wenn Menschen verschiedene Sprachen sprechen, die nicht ein Wort gemeinsam haben.

„Ihr Herrschaften vom sozialdemokratischen Parteivorstand“ — so beginnt die Antwort — „ihr richtet im „Vorwärts“ durch die Person des Reichstagsabgeordneten LÖBE einen offenen Brief an die Kommunisten zur Präsidentenwahl. Wir pflegen mit euch, ihr Herrschaften vom sozialdemokratischen Parteivorstand, nicht brieflich zu verkehren, denn wir betrachten euch als Feinde der Arbeiterklasse. . . wir sind keine Volksbetrüger, keine Leute mit einem auswechselbaren Gummirückgrat wie ihr, Herrschaften vom Parteivorstand der SPD . . . ihr Heuchler.“ Das ist die Sprache.

Und die Argumente? Das ist das Erschütternde, daß die Verfasser der Antwort vor lauter Haß zum Denken gar nicht mehr kommen. LÖBES Argumentation gründete sich in erster Linie auf die Voraussetzung, die SPD sei in der Zwangslage, für HINDBURG zu stimmen, weil HITLER angeblich nur mit HINDBURG verhindert werden könne. Gerade wer diejenigen „Führer“ haßt, die ihre große Macht ausnutzen, um die Arbeiter vom Klassenkampf zu entziehen, der sollte diesen Haß zu einem zielbewußten Wollen umschmieden; indem er sich den Kopf darüber zerbricht: wie zwinge ich jene „Führer“, ihre Massen, — wenn auch widerwillig — aufzufordern, mit dem revolutionären Teil der Arbeiter die Klassenfront in den Tageskämpfen zu bilden? Hierfür hätte dem, der die Macht des Denkens mit der Kraft des Hasses gegen die Vorführer verbindet, das genannte Hauptargument LÖBES einen guten Ansatz geboten.

Von solchem Denken finden wir nichts in der Antwort der „Roten Fahne“. Statt dessen die Wiederholung alles dessen, was wir längst kennen: „HINDBURG, BRÜNING und SEVERING die Hauptgefahr“ usw., vor allem: „Dieser Entscheidungskampf (HITLER aus dem Felde zu schlagen. Red.) wird nicht am 13. März und nicht am 10. April, nicht durch die Präsidentenwahl und überhaupt durch keine Wahl ausgefochten . . . wird in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln, im proletarischen Klassenkampf ausgetragen. . . Die Präsidentenwahl hat aber ihre große Bedeutung, als eine weithin sichtbare Messung der Kräfte, als eine Formierung der Fronten. . . Klasse gegen Klasse.“

AUS DEM INHALT:

Siedlung.
Preußischer Haushalt.
NS-Morde werden großgezogen.
Goebbels im Lustgarten.
Fortschreitende Entmündigung.
Weitling über Krieg und Vaterland.
Grippe in Breslau.

Kurz: auf eine Einheitsfront in diesem Wahlkampf kommt es der KP also gar nicht an; deswegen kommt man nicht auf die Frage: wie nötige ich gegen den Willen von WELS und anderen die SPD in diese Einheitsfront hinein? Die Differenz spielt sich also zu auf die Frage der Bedeutung einer Einheitsfront bei einer solchen Wahl. Die Gründe für die Bedeutung einer solchen Einheitsfront werden gar nicht erwogen. Gedacht wird nicht mehr.

Und das ist die Verantwortungslosigkeit des ZK der KPD: die Sache des Klassenkampfes und des Sozialismus wird blindem Zufall und blinder Leidenschaft preisgegeben, und wo die läuternde Kraft der Gründe nicht mehr gepflegt wird, da tobt die Demagogie, die die schwachen Keime der Verständigungsmöglichkeit unter den Arbeitern niedertrampelt. Schon der erste Satz der Antwort ist eine solche Demagogie: um den Haß der Arbeiter zu mobilisieren, der gegen LÖBE wohl kaum vorhanden ist, wendet man die Auseinandersetzung gegen den Parteivorstand der SPD, in erster Linie also gegen WELS, der für diesen Zweck der „Rote-Fahne“-Redaktion geeigneter ist.

Bei solchem Treiben des ZK liegt die Sache der Verständigung bei den Arbeitern. Wie lange dulden wir es, daß Demagogen uns verhetzen? Wann wird sich die Erkenntnis durchsetzen, daß vor der Verwirklichung der großen Parole des Kommunistischen Manifestes die Verwirklichung der anderen steht: Proletarier aller Parteien, verständigt euch!

Neue „Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft“.

Zu Gunsten aller möglichen Leute, — nur nicht der Werktätigen.

t Berlin, 9. März.

Soeben hat der Reichspräsident eine neue „Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft“ unterzeichnet. Sie ist an Bedeutung mit der Notverordnung vom 8. Dezember nicht zu vergleichen: Es wird verordnet:

Zu Gunsten des Mittelstandes: Einheitspreisgeschäfte dürfen während der nächsten zwei Jahre weitere Verkaufsstellen in Städten unter 100 000 Einwohner nicht errichten. Die Notverordnung enthält ferner Maßnahmen gegen „Mißbräuche“ bestehender Einheitspreisgeschäfte. — Ausverkäufe, außer den üblichen Saisonschluss- und Inventur-Ausverkäufen, dürfen künftig nur noch unter bestimmten Voraussetzungen stattfinden (Aufgabe des gesamten Geschäftsbetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer Warengattung). — Zugaben sollen abgesehen von geringwertigen Reklamegegenständen vom 1. Juli ab nur noch zulässig sein, wenn der Verkäufer auf Wunsch des Käufers statt der Zugabe einen Geldbetrag entrichtet, der dem Einkaufspreis für den Zugabeartikel entspricht.

Zu Gunsten der Großgrundbesitzer und mancher öffentlichen Kassen: Maßnahmen, die den Preisdruck auf dem Holzmarkt abschwächen sollen.

Zu Gunsten der Industrie: Neue Strafvorschriften gegen Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

Ferner enthält die Verordnung die Ermächtigung an die Reichsregierung, „im Falle eines dringenden wirtschaft-

lichen Bedürfnisses“ Einfuhrzölle zu ändern und Handelsverträge vorläufig in Kraft zu setzen, wird erneuert. Sie wird ergänzt durch die Ermächtigung zu Ausfuhrzöllen.

In der amtlichen Begründung ist insbesondere die Einleitung interessant. Sie beginnt: „Die umfassende Notgesetzgebung vom 8. Dezember 1931 hat in Verbindung mit anderen Regierungsmaßnahmen und den internationalen Stillhaltevereinbarungen verhindert, daß die im zweiten schweren Krisenwinter drohende Wirtschaftskatastrophe eintrat.“ (Wenn der Satz lauten würde: Infolge der umfassenden Notgesetzgebung . . . ist die Wirtschaftskatastrophe verschlimmert worden, wäre er richtig!)

Im zweiten Satz nennt die Regierung es den „großen Grundgedanken dieser Gesetzgebung, den Wert der deutschen Mark zu steigern“; er habe allen Bevölkerungsschichten schwere Opfer auferlegt. (Allen? Durch eine viel weniger umfassende Notgesetzgebung hätte sich der Wert der deutschen Mark weit leichter steigern lassen, nämlich durch Senkung von Getreide- und Kartellpreisen.)

Nun nur noch der dritte Satz: „Das Vertrauen in die Beständigkeit der Wirtschaftsfundamente und insbesondere der Währung erfuhr weitere Steigerung.“ (Bei wem eigentlich? Etwa bei den 7 Millionen Arbeitslosen? Oder sollten etwa Schwerindustrielle und Großgrundbesitzer völlig sicher sein im Vertrauen darauf, daß BRÜNING die Krise überwinden könne, ohne daß sie Opfer bringen?)

bene Land der „freien Bauern“ vor. Sieht man hinter die Kulissen, so ist das Bild ein anderes. Die schweizerische Landwirtschaft ist zu einer Gewächshauspflanze gemacht worden, die nur noch stehen kann, wenn sie durch Staatsmaßnahmen gestützt wird. Teils aus chauvinistischen Gründen — um das Vaterland während eines neuen Krieges vom Ausland unabhängig zu machen — teils aus dem Gedanken, daß die Erhaltung eines bodenständigen Bauernstandes „die wichtigste Voraussetzung für die Wohlfahrt eines Volkes“ ist, wurde die schweizerische Landwirtschaft mit allen möglichen Mitteln hochgepöppelt. Professor LAUR, die treibende Kraft des Bauernverbandes, schrieb 1928: „Das Manchesterium sagt: Was Gewinn bringt, ist erhaltenswert. Wir antworten: Was erhaltenswert ist, muß Gewinn bringen.“

So schien es den vaterländisch gesinnten Kreisen in der Schweiz wertvoll, daß sich die Schweiz möglichst mit eigenem Getreide versieht. Da es in den meisten Gegenden der Schweiz ebenso schwierig ist, Getreide zu pflanzen, wie Wein in Schottland, mußte der Staat eingreifen. Das neue Getreidegesetz verpflichtet den Bund, den Bauern das Getreide abzukufen zu einem Preis von 38 Franken pro Doppelzentner für die Ernte von 1932 und zu 37 Franken für die Ernte von 1933. Um gleichzeitig zu verhindern, daß die Bauern all ihr Getreide dem Bund verkaufen und für die Versorgung des eigenen Haushaltes billiges fremdes Getreide kaufen, wurde die „Mahlprämie“ eingeführt. Für jeden Doppelzentner Getreide, den ein Bauer produziert und im eigenen Haushalt verbraucht, bekommt er vom Bund eine Prämie, die je nach der Höhenlage des Betriebes 7,50 bis 14 Franken beträgt. Daß der Bund und damit die Steuerzahler um 26,5 Millionen Franken billiger fahren würden, wenn die Schweiz mit ausländischem Getreide versorgt würde, ist kein Hindernis für die heutigen Getreidepolitiker, handelt es sich doch um die Unabhängigkeit des Vaterlandes!

Aehnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, geht es in der Milchwirtschaft. Ich nenne nur einzelne Staatsmaßnahmen aus den vergangenen Jahren:

1927: Beschluß des Bundesrates, für zwei Jahre einen Betrag von 1 Million Franken zur Verfügung zu stellen für die Förderung der Butterfabrikation.

28. September 1928: Es werden vom Bund 6 Millionen Franken zur Entlastung des Käsemarktes zur Verfügung gestellt.

1929: Zollerhöhung für Butter von 20 Franken auf 70 Franken pro Doppelzentner. Der Ertrag dieser Zollzuschläge soll für höchstens drei Jahre für die Förderung der Butterfabrikation zur Verfügung gestellt werden.

1930: Um einen ercenten Zusammenbruch der Milchpreise zu vermeiden, bewilligt der Bund einen weiteren Kredit von 5 Millionen Franken, der zur Deckung der Ausfälle, die aus der Garantie der Butter- und Käsepreise entstanden waren, benötigt wurde. Gleichzeitig wird der Butterzoll nochmals um 50 Franken je Doppelzentner auf insgesamt 120 Franken erhöht.

Auch auf dem Gebiet der Viehmast werden die Bauern vor der ausländischen Konkurrenz geschützt. 1928 wurde eine völlige Einfuhrsperre für großes Schlachtvieh durchgeführt, wonach sich — nach dem Bericht des Bauernsekretariates — die Preise allmählich etwas festigten. 1930 wurde die Einfuhr von Schlachtvieh für ein bestimmtes Kontingent freigegeben. Als diesen Winter die Grenzen für die Schlachtvieheinfuhr wieder etwas geöffnet wurden, erhob der Bauernverband sofort ein großes Protestgeschrei.

Die Wirtschaftskrise macht sich in der Landwirtschaft hauptsächlich in einem Sinken des Exportes für Zuchtvieh bemerkbar, obwohl der Bund, um diesen Exportrückgang zu vermeiden, vom 20. August bis 30. November 1931 die Inlandsfrachten für das Exportvieh übernahm. Der fehlende Zuchtviehexport beeinflusste

die Preise für Mastvieh, weil die Mast ausgedehnt wurde. Vor allem sanken die Preise für Schweine. Diese für die Landwirtschaft ungünstige Preisentwicklung veranlaßte den Bauernverband, zu Jahresbeginn folgenden Schlachtruf auszustoßen:

„Wir fordern Schutz; unser landwirtschaftlicher Export muß zu einem großen Teil auf die Inlandsversorgung mit Butter, Getreide, Mastvieh umgestellt werden: Erhöhung der Butter- und Käsezölle, Kontingentierung der Einfuhr von Molkereiprodukten, Holz, Eiern; restlose Anwendung des Seuchenschutzes, also Schluß der Grenzen.“

Um die Konsumenten, vor allem die Arbeiter, nicht allzusehr vor den Kopf zu stoßen, fügten sie ihrem Programm hinzu:

„Hüten wir uns, dem Rato derjenigen Bauern zu folgen, die verlangen, wir sollen in dieser kritischen Stunde mit den Arbeitern und Angestellten Streit anfangen und den Abbau der Löhne und Gehälter fordern.“

Sie fügten allerdings vorsichtiger Weise hinzu: „Soweit es sich nur darum handelt, die Löhne an den gesunkenen Index der Lebenshaltung anzupassen, wird man diesen Ausgleich nicht als Schlechterstellung bezeichnen können.“

Also: während die Unternehmer zur Krisenbekämpfung Senkung der Löhne und der Preise fordern, verlangen die Landwirte Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und Stabilhalten der Löhne.

Welches von diesen Programmen wird tatsächlich durchgeführt? Von jedem ein Teil. Vom Programm der Industriellen die Lohnsenkung, vom Programm des Bauernverbandes der Schutz der landwirtschaftlichen Preise. Am 21. Dezember 1931 wurde der Butterzoll auf 180 Franken pro Doppelzentner erhöht. Wie weit die Löhne gesenkt worden sind und noch gesenkt werden, ist schwer festzustellen, da in der Schweiz die amt-

China und die Mandschurei.

Im japanischen Kabinett gab der Außenminister JOSCHISAWA bekannt, die Regierung werde das Oberkommando in Schanghai anweisen, die Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking von chinesischen Truppen zu säubern, da die chinesische Regierung sich weigere, die japanischen Waffenstillstandsverhandlungen anzunehmen.

Um 4 Uhr morgens am Mittwoch haben japanische Truppen bereits eine neue Ortschaft auf dieser Strecke besetzt. Die chinesischen Truppen hatten das Gebiet verlassen, ohne auf die Japaner zu schießen.

Wie eine chinesische Zeitung meldet, hat die japanische Regierung von China gefordert, im Lauf der nächsten acht Wochen die internationale Niederlassung in Schanghai zu erweitern. Die japanische Regierung wolle dann dort ständig eine Division Infanterie zum Schutze der japanischen Interessen unterhalten. Die chinesische Zentralregierung habe JOSCHISAWA darauf erklärt, daß China die Erweiterung ablehne und vielmehr beabsichtige, die internationalen Niederlassungen in China überhaupt aufzulösen.

Am Mittwoch nachmittag fand in Tschangtschung die Gründungsfeier des mandschurischen Staates statt. PUJI, der „Sohn des Himmels“, wurde als Präsident der Republik auf Lebenszeit eingeschworen. Japanische Offiziere nahmen an der Feier teil.

Als Protest gegen diese Feier legten gleichzeitig in Mukden Anhänger der chinesischen Regierung zahlreiche Brände an. Es kam zu wilden Straßenjagden, in der die Polizei und die Soldaten Hunderte von Personen als Brandstifter verhafteten.

Die chinesische Regierung gibt amtlich bekannt, daß die militärischen Operationen der chinesischen Truppen gegen die neue mandschurische Republik Anfang April beginnen würden. Die chinesischen Truppen sollten den Feldzug außerhalb des Eisenbahnnetzes führen, um keine ausländischen Interessen zu verletzen. Wie es heißt, beabsichtigt die chinesische Regierung weiter, den Handelsboykott gegen die Mandschurei zu verhängen.

liche Lohnstatistik schlecht ausgebaut ist. Ein gewisses Bild von der Entwicklung der Löhne erhalten wir, wenn wir die Gewerkschaftszeitungen durchsehen. Ich greife nur einiges heraus:

Mai 1931: Weberei Bütschwil. Lohnabbau 10 Prozent für die Weber, 5 Prozent für die übrige Arbeiterschaft.

14. Oktober 1931: Beginn eines dreizehnwöchigen Streikes bei Otto und Johann Honegger, Wald. Die Weber sollten statt 4, neuerdings 6 Westühle bedienen. Zugleich sollte eine Lohnsenkung von 20 Prozent für die Weber, von 30 Prozent für die Spuler durchgeführt werden. In der Einigung nach Abbruch des Streikes wurde festgelegt, daß das psychotechnische Institut entscheiden soll, in der Meinung, daß sich die Lohnfrage in der Folge automatisch regeln werde. Fast die Hälfte der streikenden Arbeiter wurde entlassen.

Dezember 1931: Brown Boveri, Baden. Abbau des Stundenlohnes je nach der Höhe des Lohnes bis 12 Rappen, Reduktion der Akkordsätze um 8 Prozent.

Dezember 1931: Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon. Stundenlohnreduktion um 3—15 Rappen, Akkordlohnreduktion um 7—8 Prozent.

In Winterthur sind Lohnverhandlungen in Gang, nach denen die Stundenlöhne um 2—12 Rappen gekürzt werden sollen, die Akkordpreise um 10 Prozent. Die „schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ vom 6. Februar 1932 rechnet aus, daß dies einem Lohnabbau von 15 Prozent gleichkommt.

Die Schweizer Arbeiter werden von zwei Seiten angegriffen: Als Käufer leiden sie unter der nationalistischen Bauernpolitik, als Lohnempfänger fühlen sie den Druck der ausländischen Reservearmee der Arbeitslosen. Ihre Feinde sind der Nationalismus im eigenen Land und die Monopole in den umliegenden Ländern.

So verschieden auch die Lage der Arbeiter in den einzelnen Ländern sein mag, ihre Feinde sind überall die gleichen.

In Genf herrschen wieder Meinungsverschiedenheiten. Das Präsidium der Vollversammlung konnte daher die geplante Entschließung zur Beilegung des japanisch-chinesischen Konflikts noch nicht fertigstellen.

Der japanische Oberbefehlshaber berichtet.

k Paris, 10. März.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte in Schanghai, General SCHIROKAWA, gewährte dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ eine Unterredung, in der er darauf hinwies, daß der chinesisch-japanische Krieg als endgültig beendet betrachtet werden müsse und daß nunmehr die Diplomaten das Wort hätten. An der ganzen Front herrsche Ruhe und nur ab und zu käme es zu kleineren Plänkelleien, wenn sich die Patrouillen der einen oder anderen Partei zu weit vorwagten. Die Stellungen der beiden Parteien seien an einzelnen Stellen mehrere Kilometer von einander entfernt, während sie an anderen so dicht an einander lägen, daß sich die Soldaten mit Steinen bewerfen könnten. SCHIROKAWA lobte die vorzügliche Haltung der 19. chinesischen Armee, die er als die beste Armee ganz Chinas bezeichnete. Die Verteidigungslinien, die die chinesischen Truppen gebaut hätten, entsprächen den modernsten Anforderungen. Der japanische Oberbefehlshaber erklärte sodann, daß er nicht an einen neuen chinesischen Angriff glaube; um so mehr glaube er aber an einen baldigen Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges, dem die japanischen Truppen als tatenlose Beobachter gegenüberstehen würden.

„Zwischenfall“ in japanischer Beurteilung.

Die Erhaltung des Friedens — wie Japan sie auffaßt.

„Der diesjährige mandschurische Zwischenfall war eine Gelegenheit, bei der die Größe des japanischen Imperiums zutage trat, sodaß der Völkerbund und die ihm angehörenden Mächte dem Anteil dieses Landes (Japans) an der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten ihre höchste Anerkennung gezollt haben“, schreibt ein in englischer Sprache von Japanern herausgegebenes Jahrbuch („The Japanese Empire“, 1932, Tokyo).

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelträger-Verlag, Berlin

(39. Fortsetzung.)

Brandt lächelt unmerklich. Langsam geht er durch den Saal nach links, wo ihn stürmisches Händeklatschen empfängt. Hohngelächter rechts und in der Mitte wetteifert mit den Ovationen links. Der Kammerpräsident hebt seinen ellenlangen Arm, um Ruhe zu schaffen. Das Gelächter wird immer lauter und blödsinniger. Die große Glocke gebietet Schweigen. Unwillig zerrt der Präsident an seinen Frackaufschlägen.

Allmählich werden die Kohlen rau und erschöpft. Der Präsident hat schon zu reden begonnen. Bruchstücke seiner Rede sind jetzt auch oben auf den Tribünen zu vernehmen. ... Ernst der Stunde ... Würde des hohen Hauses ... zum Wohle der Nation ... damit das Frankreich der Gegenwart vor dem harten Blick der Geschichte besteht ...

Der Ministerpräsident steigt die Stufen der Rednertribüne hinauf. Minutenlang umrauscht ihn der Beifall. Er wartet geraume Weile, ob er abwährend und dankend die Hand erhebt. Der alte Taktiker weiß, daß solche Beifallsalven nicht unwichtig sind zur Vorbereitung der gewünschten Atmosphäre. Es wird still, daß auch die Zuhörer auf den Tribünen die gegeneinander trommelnden Fingerspitzen des Ministerpräsidenten zu hören glauben. Jetzt erst beginnt Saint Brice:

„In dieser Stunde sprechen zu müssen, meine Damen und Herren, so sprechen zu müssen, daß die Worte der Wahrheit und Gerechtigkeit dienen und damit dem Glück Frankreichs, diese Aufgabe verlangt von mir weniger Kraft des Gehirns als Kraft des Herzens ...“

Germaine horcht nur mit halbem Ohr hin. Ihre Augen tasten heimlich zu den linken Bänken hinüber. Dort sitzt Brandt, den Kopf gesenkt, während die hinter ihm sitzende

Rhéo sich vorbeugt und ihm ins Ohr flüstert. Germaine sieht ganz deutlich, daß die Lippen der Rothaarigen fast Brandts Ohr berühren.

... Auch von Ihnen, meine Damen und Herren, erwartet Frankreich mehr die Kraft entschlossener Herzen als die Arbeit kalten Verstandes ...“

Germaine zieht leise die Schultern hoch, als fröstelte sie. Die Worte des alten Aristokraten wollen sich ihrem Blut nicht mitteilen. Sie hat das Gefühl, als ob Saint Brice sein Herz nur auf glänzenden Worten tanzen läßt, als ob die Schläge seines Herzens, ehe sie die Zuhörer treffen, sich erst hindurchschrauben durch die kalten Windungen seines Gehirns, wo sie in messerscharfe Form transformiert werden. Warum holt er nur so weit aus! Juli 1914 ... Weltkrieg ... französischer Friedenswille während fünfzigjähriger Geschichte ... Völkerbund ... friedloses Europa. — Das tragisch-grandiose Gemälde der Verworfenheit eines Erdteils erhebt aus dem beredten Mund des Ministerpräsidenten. Endlich nach zwanzig Minuten kommt er zum Kernstück. Frankreich-Italien-Mittelmeer! Die verhängnisvollen Schüsse in Albanien. Jetzt fällt zum erstenmal das Wort „Capponi“. Es wirkt wie ein Stichwort, das den ganzen Saal elektrisiert. Die Stimme des Redners schwillt an:

„Wer ist dieser Herr Capponi, der die Völker eines Erdteils in bangem Atem erhalten darf! Wer ist dieser Herr Capponi, der wohl den Frieden zu sichern vorgibt, der aber vor zwei Jahren die gemeinsame Völkerarbeit in Genf aufkündigte! Wer ist Herr Capponi, der sein Volk vom Säugling bis zum Greis der individuellen Freiheit entkleidet, uniformiert, in Machtrausch hineinsteigert! Der den nationalen Egoismus für heilig erklärt, Jahr um Jahr Schiffe baut, Luftflotten aufrüstet und bei jeder Geste mit dem Schwert klirrt ...!“

„Ganz wie in Frankreich!“ ruft Rhéo hohnlachend dazwischen. Der Sturm, der ausbrechen will, wird von der Glocke des Präsidenten niedergeläutet.

„Wer ist jener Staatsmann in Rom, der von der Freiheit der Völker redet und nur die Freiheit Italiens meint! Wer darf ungestraft jene Worte aufs neue wiederholen, die einst frevelhaft in Rom gesprochen wurden, daß Friedensworte

gut, Kanonen und Maschinengewehre aber besser seien! Wer darf ungestraft einer Expansion huldigen, die die Existenz der Nachbarn in Gefahr bringt! Wer darf seiner Nation die sittliche Pflicht auferlegen, jährlich Hunderttausende von Menschen zu gebären, für die Brot und Raum nur zu schaffen ist auf Kosten anderer Völker? Wer ruft: Platz für Italien! — als gäbe es nur dieses eine auserwählte Volk? Während es bei den andren Nationen längst Gemeingut geworden ist, Ansprüche und Bedürfnisse mit denen der Brudervölker in harmonischen Einklang zu bringen? Darf ein einzelner, der sich in seinem Volk ein gefügiges Werkzeug horanzog, das Rad des Geschehens zurückdrehen, Gegenwart und Zukunft zurückstoßen in die Methoden und Weltgefühle eines überwundenen Mittelalters, den Sinn menschlicher Entwicklung abbiegen, das in jahrhundertelangen Kämpfen und nicht zuletzt durch Frankreichs Blutopfer freigewordene Individuum erneut in die Zwangsjacke des Militarismus pressen, während der Ruf nach Steigerung des Eigenlebens die Losung jedes Kulturmenschen geworden ist? Das alles dürfte Herr Capponi? — Nun, noch lebt in Europa auch Frankreich!“

Aus den Bänken und von den Tribünen rauscht jubelnder Beifall.

„Ja, Frankreich lebt mit unverminderter Kraft! Aber wir sind edel genug, unsern Lebenswillen den berechtigten Interessen eines Erdteils anzupassen: Will Herr Capponi uns als Luft und Nichts betrachten?“

Schmährufe auf Capponi prasseln durch den Saal.

„Der blühende klassische Garten Italiens wurde in ein Hoerlager verwandelt, der Civis Romanus soll unheilvoller Ausdruck eines Machtwillens werden, der dem Zeitgeist ins Gesicht schlägt! Aber Frankreich, das mit Blutströmen den Völkern das Geschenk innerer Freiheit gemacht hat, will nicht geblutet haben ad majorem Italiae gloriam! Wir lehnen völkischen Egoismus, der andre Völker beschneidet, entschlossen ab. Heute streckt der Italiener seine Hand nach Albanien aus, morgen wird er vielleicht Korsika fordern, übermorgen Nordafrika oder die Côte d'Azur! Diesen Hunger, meine Damen und Herren, werden wir indessen nicht ins Uferlose wachsen lassen!“

(Fortsetzung folgt.)

Terror in Griechenland.

Die kommunistische Organisation der Leninisten-Bolschewisten in Griechenland hat kürzlich einen jungen Genossen verloren, THEODORE PAMPOUCOPOULO, einen Nahrungsmittel-Arbeiter, der im Krankenhaus am Wundbrand gestorben ist.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

- Berlin: Bezirk Lichtenberg. Dienstag, den 15. März, um 20 Uhr, Scharnweberstraße 8a, bei Seifke. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?
Göttingen: Freitag, 11. März, um 20.15 Uhr, kleiner Saal im Volkshaus. Thema: „Thälmann oder Hindenburg“.

NS-Morde werden großgezogen.

Ein Gerichtsurteil.

Magdeburg, 8. März.

Das Erweiterte Schöffengericht fällte nach 16tägiger Verhandlung in Schönebeck das Urteil in dem Landfriedensbruch-Prozess wegen der blutigen Vorfälle in Eickendorf. Dort hatten HITLER-Banden „Reichsbanner“-Leute überfallen.

Sicherheit gefährden, durch sein Wohlwollen geradezu ernütert.

Um einen Eindruck von der Scheußlichkeit des NS-Terrors zu geben, bringen wir hier einen Bericht des „Berliner Tageblatts“ über einen Mord, der in Bunkau (Schlesien) verübt wurde:

„Bereits am Dienstagabend war es in Bunkau zu kleineren Reibereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen. Gegen 8 Uhr holten die Nationalsozialisten in drei Kraftwagen Verstärkung heran.

Als er die Tür nicht öffnen wollte, feuerten die Nationalsozialisten auf ihn mehrere Schüsse ab, von denen ihn einer lebensgefährlich traf, und schlugen ihn mit Knütteln nieder.

Für diese Mordtat fehlt einfach die Möglichkeit der richtigen Bezeichnung. Man sollte die Schilderung dieser Scheußlichkeit an die Anschlagssäulen kleben und darunter schreiben:

Der Führer dieses Lustmörder- und anderen Gesindels (der von allen Vorgängen innerhalb seiner (!) Partei wenigstens weiß) wagt es, und er hat in der deutschen Republik das Recht, sich für den Posten des obersten Beamten zu empfehlen, nachdem er sich gerade die Zugehörigkeit zu dieser Republik erschoben hat.

Einem anderen Beamten dieser Republik wird nachgesagt, er hätte gewünscht, daß der Chef der Mörder mit der Hundepelle über die Grenze gejagt würde. Er hat recht gehabt mit dieser Forderung.

ihm überhaupt am Leben zu erhalten, mußte das Bein amputiert werden.

Dieser Zwischenfall rief bei der Arbeiterschaft große Erregung hervor, so daß der Justizminister gezwungen war, eine Erklärung abzugeben, daß er die Wärter bestrafen würde.

Die Amputation des Beines hat den Genossen nicht retten können; nach 45 Tagen ist er dem Gift erlegen, das sein Blut in Eiter verwandelte.

Sobald sein Tod bekannt wurde, mobilisierte man die Organisation für sein Leichenbegängnis. Die Arbeiter wurden durch Flugblätter aufgefordert, eine Wache um das Hospital zu bilden, um die Leiche des Genossen nicht von der Polizei wegbringen zu lassen.

England spart.

Auch im Haushaltsvoranschlag des englischen Kultusministeriums, der am Mittwoch veröffentlicht wurde, sind große Einsparungen vorgenommen worden.

Wilhelm Weitling über Krieg und Vaterland.

Ths. In alten sozialistischen Schriften blättern stieß ich auf das heute noch lesenswerte Buch von WILHELM WEITLING: „Garantien der Harmonie und Freiheit.“

Ich gebe im folgenden einige Abschnitte aus dem Kapitel „Vaterland, Grenzen und Sprachen“ wieder.

Welche Liebe kann heute wohl der zum sogenannten Vaterlande haben, der nichts darin zu verlieren hat, was er nicht in allen fremden Ländern wiederzufinden imstande ist?

Ein derartiges Urteil muß geradezu als ein Akt wohlwollender Neutralität des Gerichts angesehen werden. Um einen Vergleichsmaßstab zu geben: vor einigen Tagen wurde in Potsdam ein Arbeiter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er politische Parolen an Häuserfronten gemalt hatte.

Die wohlwollende Milde der Gerichte gegenüber den Mordtaten der NS ist in erster Linie verantwortlich für das Anwachsen dieser öffentlichen Gefahr. Angesichts dieser Toleranz ist das Verbot von Lautsprechern und Schallplatten im Wahlkampf (Baden) und das Verbot der Bekanntgabe der Wahlergebnisse in Schaufenstern (Berlin) ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die noch ein Gefühl für den Wert von Freiheit haben.

Die Calmette-Schuldigen ziehen sich zurück.

Professor DEYCKE hat seinen Haushalt in Lübeck aufgelöst und seinen Wohnsitz nach Stuttgart verlegt. Auch der ebenfalls im CALMETTE-Prozess verurteilte Obermedizinalrat ALTSTAEDT wird nicht mehr auf seinen Posten als Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes zurückkehren.

Grippe in Breslau.

Unter den Breslauer Schulkindern ist eine Grippeepidemie ausgebrochen. Am Mittwoch mittag waren bereits 80 Schulen geschlossen. Am Donnerstag 280 Schulklassen geschlossen.

Eine Wahlniederlage der NS.

Eine Nachwahl zum Gemeinderat fand am vergangenen Sonntag in Neckarsulm (Württemberg) statt. Sie ist deswegen bemerkenswert, weil sie trotz Anwachsens der Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen verglichen mit der Gemeinderatswahl vom Dezember, einen erheblichen Rückgang der Zahl der NS-Stimmen brachte.

Table with 2 columns: Dec. 1931 and 6. März 1932. Rows: Kommunisten (316, 164), Sozialdemokraten (1349, 2454), Demokraten (1281, 623), Zentrum (3670, 3916), Nationalsozialisten (936, 715).

oder Gewalt, das ist gleich. Das sind keine Landsleute, diese falschen Patrioten, die sind uns fremder als der Kosak und der Franzose.

Leider habt ihr uns vom Vaterland nichts weiter gelassen, als den Namen, den aber werden wir euch bald vor die Füße in den Kot werfen und uns unter das Banner der Menschheit flüchten, welches keine Hohen und Niederen, keine Armen und Reichen, keine Herren und Knechte unter seinen Verteidigern zählen wird.

Wie man einen jungen Hund abrichten kann, auf ein gewisses oft ganz unbedeutendes Zeichen in Wut zu geraten, ebenso den Menschen. Eine Nationalfarbe, ein Wappen, ein Fürstennamen dienen oft dazu, ganze Völker auszusaugen und blutgierig gegeneinander zu hetzen.

Alle Vorurteile und Leidenschaften des großen Haufens werden aufgeregt, um ihn im Namen der Vaterlandsliebe und der Nationalität zu einer willenlosen Maschine zu formen, welche die Eitelkeit und Herrschsucht dann mit größerer Leichtigkeit und Sicherheit regieren kann.

„Das Vaterland ist in Gefahr!“ schreiben sie. Das wissen wir leider nur zu gut, seit ihr es unverschämterweise zu eurem ausschließlichen Eigentum gemacht.

„Das Vaterland ist in Gefahr!“ schreiben sie. Das wissen wir leider nur zu gut, seit ihr es unverschämterweise zu eurem ausschließlichen Eigentum gemacht. Die Ehre ist in Gefahr! — Was, die Ehre! Nun, da könnt ihr ja bald abhelfen, wenn es euch damit Ernst ist; die unsere ist schon lange in Gefahr; seit man dieselbe in die Hände des Eigentums überlieferte; seit man das Eigentum, die Erbschaft und das Geld erfunden; seit man die vielen Gesetze machte und die vielen Gefängnisse, Zucht- und Armenhäuser baute.

Gefahr! Desto besser, da wißt ihr doch, wie es einem zu Mute ist, der gar keines hat. Desto besser! dann haben wir wieder Hoffnung, euch zur Einsicht zu bringen und wieder Freunde zu werden.

Nun, seht ihr wohl, ihr mögt nun künftig schreien: das Eigentum, die Ehre, die Religion, das Vaterland u.s.w. ist in Gefahr, dies alles darf uns nicht aus dem Konzept bringen. Dieses alles kann gar nicht fürchterlicher für uns in Gefahr sein, als es jetzt ist.

Unser Lohn ist in Gefahr! denn ihr verwünschten Geldmakler mäkel immer daran herum, brecht immer davon ab und steigert dabei die Lebensmittel immer mehr und mehr.

Unser Gesundheit ist in Gefahr! denn ihr laßt uns zu lange, viel zu lange arbeiten, man wird ja vor lauter Arbeit seines Lebens nicht froh. Das geht von der Arbeit ins Bett und vom Bett an die Arbeit, statt solch ein Sklavenleben lieber gar tot sein, da verliören wir nicht viel.

Das Leben unserer kleinen Kinder, die wir nicht gehörig pflegen können, weil wir die Mittel nicht dazu haben, ist in Gefahr!

Das Leben unserer alten Väter und Mütter, die nicht mehr arbeiten und denen wir nicht hinreichend genug helfen können, ist in Gefahr!

Die Zukunft unserer Jugend, die wir nicht genug aufklären können, weil wir nicht Zeit und Mittel dazu haben, ist in Gefahr!

Alles, mit einem Worte, alles ist in Gefahr, worauf ihr den giftigen Basiliskenblick richtet, wonach ihr die unreine unersättliche Hand strecket.

Da braucht's keines auswärtigen Feindes, um uns in den Harnisch zu bringen, der innere hat sich frech und fest genug eingenistet. Auf den äußeren Feind macht man uns aber jedesmal aufmerksam, wenn wir den inneren wittern.

NS.-Wahlkundgebung.

Goebbels im Lustgarten.

Hr. Berlin, 9. März.

Der Lustgarten war schon ziemlich voll, als ich, etwa eine Viertelstunde vor Beginn der Kundgebung, dorthin kam. Aber das ganze Aufgebot machte einen schlaffen, spießbürgerlichen Eindruck. Das Publikum: Mittelstand, nur vereinzelt Arbeiter, zahlreiche Dämchen mit Hakenkreuzbrotschen. Kleine SA-Trupps, jede mit ihrer Fahne, wurden über den Platz verteilt. Sie gingen lässig, brummend und vertilgten dabei Butterbrote und heiße Würstchen. Die Organisation klappte offenbar nicht: „Die ganze Aufstellung wird umgeschmissen. Wir sollten doch da hinten stehen.“

Zwei ältere Männer, beide mit dem Hakenkreuz vor der Brust: „Na, zum Glück ist Berlin noch nicht Deutschland. In der Provinz sieht's besser aus. Pommern! Das sollten Sie mal sehen. Aber Berlin ist ja von jeher rot gewesen.“

Dann kam GOEBBELS; die Musik setzte ein; das Deutschlandlied wurde gesungen. Man fühlte: Die Maschine kommt in Gang. Die Hände flogen in die Höhe; die „Heil“-Rufe mehrten sich, wurden lauter, stürmischer; die Menge schloß sich zusammen. GOEBBELS begann seine Rede. Phrasen — aber was machte das? Nach jedem Satz ein brausendes „Heil“, das gab Schwung. Nach dem dritten Male versagte der Lautsprecher, unter dem ich stand. GOEBBELS' Stimme klang nur noch aus der Ferne herüber, völlig unverständlich. Ein einziger schüchtern Versuch, den Schluß des nächsten Satzes herauszufühlen, um ein „Heil“ dranzuhängen. Es gelang nicht. Eine wohlthuende Entspannung trat ein. Nach einer Viertelstunde wurde es auch auf der anderen Seite des Platzes leiser. Anschließend versagte der zweite Lautsprecher. „Diese Schweinebande! Das haben sie absichtlich getan. Wir werden uns rächen.“

Wenn es Absicht war, dann hat der unbekannte Täter sich ein hohes Verdienst um Kultur erworben.

Ich ging noch während der Rede. Von weitem hörte ich, wie wieder ein allgemeines „Heil“-Gebrüll die Versammlung erschütterte. Ich sah mich um. Der Platz war weiß von den erhobenen Händen.

ADOLF schildert das, worauf er bei den Teilnehmern seiner Versammlungen spekuliert, mit den Worten: „... wenn der sichtbare Erfolg und die Zustimmung von Tausenden ihm die Richtigkeit der neuen Lehre bestätigen ... dann unterliegt er selbst dem zauberhaften Einfluß dessen, was wir mit dem Wort Massensuggestion bezeichnen.“

Wie die Kundgebung im Lustgarten gezeigt hat, ist dazu nicht einmal erforderlich, daß die Worte des Redners auch nur akustisch verständlich sind; in NS-Versammlungen genügt es, daß durch irgendeinen Mechanismus Signale zu gemeinsamem Gebrüll gegeben werden.

Selbstherrliche Bürokratie.

Zu den Vorgängen am Arbeitsamt Berlin-Südost.

Das Landesarbeitsamt Brandenburg sucht in einer langen und langatmigen Erklärung die Störungen beim Arbeitsamt Berlin-Südost zu erklären und zu entschuldigen — mit offenbarem Ausreden. Da steht z. B. der Satz: „So mußten in ganz kurzer Zeit etwa 130 000 Akten und etwa 40 000 Zahlbogen umgeschrieben und umnummeriert werden, eine Arbeit, die neben dem laufenden Arbeitsanfall (welches Deutsch! Red.) mit dem vorhandenen Personal geleistet werden mußte.“

Daß das einfach nicht stimmt, beweist die bereits berichtete Tatsache, daß nach den Skandalenzen Hilfskräfte eingestellt worden sind. Angesichts dieser Offensichtlichkeit der Ausflüchte des Landesarbeitsamts ist die folgende Anschuldigung gegen die an ihrer Zeit ausgebeuteten Arbeitslosen eine empörende Unerhörtheit: „Wenn allerdings entgegen den vom Arbeitsamt an die Unterstützungsempfänger ausgegebenen Mitteilungen sich bereits am ersten Tag der

Dienstaufnahme im neuen Gebäude, am 29. Februar 1932, morgens um 7 Uhr, also mehr als eine Stunde vor Kassenöffnung, viele Hunderte von Personen vor dem Arbeitsamtsgebäude eingefunden hatten, so kann für den dadurch herbeigeführten Andrang und die Menschenschlangen die Autsleitung unmöglich verantwortlich gemacht werden. Es muß im Gegenteil der Vermutung Raum gegeben werden, daß dieser Andrang nicht auf Zufälligkeiten zurückzuführen ist, sondern von unverantwortlichen Personen bewußt und absichtlich herbeigeführt worden war.“

Es entspräche den Anforderungen der Gerechtigkeit, auf Kosten derjenigen, die für den Organisationsfehler verantwortlich sind, den chikanierten Arbeitslosen die unnormale auf der Straße verlungerte Wartezeit wenigstens mit normalem Stundenlohn zu ersetzen.

Fortschreitende Entmündigung.

Leise, Leise — — —

Breslau, 9. März.

Der Polizeipräsident von Breslau hat, wie amtlich mitgeteilt wird, verboten, am Wahlsonntag, dem 13. März, sowie in der Nacht zum 14. März das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen innerhalb des Polizeibezirks Breslau durch Lautsprecher, Plakatschlag, Aushang von Mitteilungen und Lautsprecherübertragung bekanntzugeben. Das Verbot bezieht sich insbesondere auf die sonst üblichen Anschläge in den Expeditionen und Geschäftsstellen der Tageszeitungen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß bei der zur Zeit sehr gespannten Lage, die sich fast täglich in mehr oder weniger schweren Zusammenstößen äußert, Ansammlungen und Ausschreitungen zu befürchten seien. Erlaubt ist nur die Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Rundfunk und durch Extrablätter.

Protestkundgebung in Detroit.

New York, 9. März.

Als Protest gegen die Vorfälle in Detroit veranstalteten etwa tausend Arbeiter eine Kundgebung vor der Ford-Niederlassung am Broadway. Die Polizei griff mit dem Gummiknüppel ein. Erst nach einseitigem Kampfe, bei dem es zahlreiche Verletzte gab, zogen sich die Arbeiter zurück.

740 auf die Straße.

Das alte Lied.

Essen, 9. März.

Die Gutehoffnungshütte Oberhausen A. G. nimmt Betriebsbeschränkungen auf den Zechen Osterfeld I/IV und dem Steinkohlenbergwerk Jacobi vor. Es werden dadurch insgesamt 720 Arbeiter und 20 Angestellte entlassen werden. Die Frage der Kurzarbeit (möglichst nach dem Muster der Drei-Schichten-Woche) wird zur Zeit geprüft, um die Entlassungen in kleinerem Rahmen zu halten.

Streik in der Erfurter Schuhindustrie.

Erfurt, 9. März.

Bei der zur EDUARD LINGEL Schuhfabrik gehörenden Schuhfabrik METZLER hat ein Streik begonnen. Die METZLER-Belegschaft stellte die Forderung auf eine zehnprozentige Lohnzulage als Ausgleich für die Verschlechterung der Verdienstmöglichkeiten. Da die Verwaltung diese Forderungen ablehnte, trat die Belegschaft in den Streik ein.

Generalstreik in Toledo.

Madrid, 9. März.

In Toledo, das nur etwa 75 km von Madrid entfernt liegt, ist ein Generalstreik — wie es heißt, unter kommunistischer

Führung — ausgebrochen. Es kam verschiedentlich zu Schieberereien zwischen der Polizei und den streikenden Arbeitern.

Bierpreissenkung steht bevor.

Es wird weiter — getrunken.

Berlin, 9. März.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindebiersteuer ist heute von den Reichsratsausschüssen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers besprochen worden. Die Angelegenheit ist nunmehr soweit vorbereitet, daß die endgültige Entscheidung in Kürze erfolgen kann. Dabei wird auch Gewähr dafür gegeben werden, daß gleichzeitig mit der Biersteuersenkung eine kräftige Bierpreissenkung eintreten wird.

Wirtschaftspolitische Ausspracheabend.

Der nächste wirtschaftspolitische Ausspracheabend findet am Dienstag, dem 15. März, um 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Saal 3 oder Saal 5. Zutritt haben alle freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich — ein besonderer Höberbeitrag wird nicht erhoben.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 11. März.

Berlin: 22.15 Dr. RAUSCHER: Politische Zeitungschau.
Hamburg: 16.30 KARL PETER: Alltagstierquälereien. Kettenhunde.
Königsberg: 20.00 „Der eingebildete Kranke“, Lustspiel von MOLIÈRE.
Königs wusterhausen: 18.00 H. HIRSCHSTEIN: Die Kartelle in der Wirtschaftskrise. (Vergleiche „Wie kommen wir aus der Krise heraus?“ in Nr. 3 des „Funkens“.)
Moskau, Gewerkschaftssender: 20.00 Jungarbeiter vor dem Mikrophon.

Sonnabend, den 12. März.

Königsberg: 17.45 Moderne Demokratie: Die Vereinigten Staaten von Amerika. (Dr. POCKRANDT).
Langenberg: 18.00 K. OFFENBURG: Soziale Fragen und Wirtschaftskrise in Australien.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 11, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszowski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monat 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
 2. N 58, Pappel-Allee 87
 3. C 25, Prenzlauer Straße 9
 4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
 5. NO 43, Lietzmannstraße 16 17
- Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Gleitsatte und praktische Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÜNHET
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. A.
Stoffmuster in reichlicher Auswahl stets vorrätig

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her.

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Zentrum gewinnt an Macht.

Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.

Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund
1.—5. Tausend. / 32 Seiten. / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Der preußische Haushalt für 1932.

Rei. Zur Zeit wird der preußische Haushaltsplan für 1932 im preußischen Staatsrat beraten. Aus den zwei umfangreichen Bänden bringe ich bei dieser Gelegenheit die nachstehenden Angaben, zu deren Zusammenstellung mir nur eine beschränkte Zeit zur Verfügung stand. Aber es kommt mir gerade darauf an, auch diejenigen Leser, deren Zeit ebenfalls stark beansprucht ist, anzuregen, sich auch über die hier in Frage kommenden Angelegenheiten einer sozialistischen Politik zu orientieren.

Der gesamte Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 3134 Millionen Mark ab, gegen 3926 Millionen Mark für das Jahr 1931. Die Verringerung um 793 Millionen Mark setzt sich aus den folgenden Hauptposten zusammen (in Millionen Mark):

| | |
|--|-----|
| Herabsetzung des Anteils der Gemeinden am Ertrag der Reichssteuern | 295 |
| Persönliche Ausgaben | 135 |
| Sachliche Verwaltungsausgaben | 39 |
| Ausgaben allgemeiner Art und für Sachzwecke | 116 |
| Einmalige Ausgaben (persönlicher und sachlicher Art) | 44 |
| Sparrmaßnahmen und Abstriche (Hauptposten) | 334 |
| Summe | 629 |

Infolge des Rückgangs der Einnahmen betrug die Verschlechterung des Haushalts zunächst 479 Millionen Mark. Durch Sparrmaßnahmen und Abstriche kamen 377 Millionen Mark in Wegfall. Es verbleibt also ein Fehlbetrag von 102 Millionen Mark. Diesen will Preußen dadurch decken, daß es seine Anteile an der Preussischen Landesrentenbank und Siedlungsbank dem Reich verkauft.

Der Rückgang der Einnahmen kommt unter anderem durch folgende Ausfälle zustande (in Millionen Mark):

| | |
|--|-----|
| Rückgang der überwiesenen Reichssteuern | 258 |
| Rückgang preussischer Staatssteuern | 58 |
| Rückgang der Einnahmen aus Staatsbetrieben | 66 |

Der Personalabbau ist sehr gering. Insgesamt beschäftigt Preußen 209 547 Personen im Jahre 1932 gegenüber 209 652 Personen im Jahre 1931. Die Einsparung an persönlichen Ausgaben entfällt also offenbar vor allem auf den Abbau der Gehälter. Angesichts des bekannten Lehrersabbau erhebt sich also die Frage, an welcher Stelle die Beamtenzahl vergrößert worden ist. In der mir verfügbaren Zeit habe ich die zur Beantwortung dieser Frage erforderlichen Unterlagen nicht gefunden.

Die Einsparung an persönlichen Ausgaben entfällt, wie oben angegeben, in weitaus überwiegenderem Maß auf die Herabsetzung der Ausgaben des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Der Löwenanteil betrifft die Einsparung bei den Volksschulen (45 Millionen Mark). Beim Ministerium des Innern (Polizei) dagegen wurde nur halb so viel, 23 Millionen Mark, gespart. Die Zuschüsse an die Kirchen wurden um 5,2 Millionen Mark gekürzt; davon 2,8 Millionen Mark bei der evangelischen und 1,7 Millionen Mark bei der katholischen Kirche. Wie seinerzeit im Polizeistaat so sind auch in der demokratischen Republik Polizei und Kirche offenbar wichtiger als die Volksschule.

Ueber die Etats der beiden erwähnten Ministerien bringen wir folgende zwei Tabellen (alles in Millionen Mark):

| Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. | Wirklichkeit Haushaltsplan | | |
|---|----------------------------|-------|-------|
| | 1930 | 1931 | 1932 |
| Volksbildung | | | |
| Volksschulen | 440,8 | 469,7 | 425,1 |
| Höhere Schulen | 47,7 | 49,2 | 38,6 |
| Pädagogische Akademien | 16,4 | 10,6 | 2,8 |
| Schulaufsicht | 6,6 | 6,8 | 5,8 |
| Sonstiges | 7,1 | 7,5 | 6,1 |
| Summe | 518,6 | 543,8 | 478,4 |
| Wissenschaft | | | |
| Universitäten (dauernd) | 40,6 | 41,6 | 36,5 |
| Universitäten (einmalig) | 7,7 | 6,9 | 2,6 |
| Charité-Krankenhaus | 4,4 | 4,2 | 3,9 |
| Technische Hochschulen | 16,1 | 15,7 | 12,2 |
| Allgemeine Zuschüsse | 10,8 | 10,9 | 9,5 |
| Sonstiges | 8,1 | 8,4 | 5,8 |
| Summe | 87,7 | 87,7 | 70,5 |
| Kunst | | | |
| Museen, Schlösser, Theater, Kunstakademien usw. | 32,5 | 30,9 | 24,4 |
| Kirche | | | |
| Evangelische Kirche | 51,9 | 49,4 | 46,6 |
| Katholische Kirche | 24,4 | 22,3 | 20,6 |
| Sonstiges | 1,8 | 4,7 | 4,0 |
| Summe | 78,1 | 76,4 | 71,2 |
| Gesamtübersicht | | | |
| Einnahmen | 32,1 | 29,5 | 26,5 |
| Ausgaben | 726,4 | 744,7 | 650,4 |
| Zuschuß-Bedarf | 694,5 | 715,2 | 623,9 |
| Ministerium des Innern. | | | |
| Polizei | | | |
| Einnahmen | 197,3 | 200,2 | 192,4 |
| Ausgaben | 401,0 | 400,0 | 377,3 |
| Zuschuß-Bedarf | 203,7 | 199,8 | 184,9 |
| Landrätliche Behörden | | | |
| Zuschuß-Bedarf (Einnahmen unerheblich) | 19,8 | 20,2 | 17,9 |
| Wohltätigkeit und Sonstiges | | | |
| Einnahmen | 10,7 | 8,3 | 6,5 |
| Ausgaben | 27,7 | 19,9 | 12,4 |
| Zuschuß-Bedarf | 17,0 | 11,6 | 5,9 |

| | | | |
|--------------------------|-------|-------|-------|
| Gesamtübersicht | | | |
| Einnahmen | 209,4 | 209,8 | 199,8 |
| Ausgaben | 457,7 | 448,5 | 415,0 |
| Zuschuß-Bedarf | 248,3 | 238,7 | 215,2 |

Von den Wohltätigkeits-Ausgaben entfallen 6 Millionen Mark auf die Unterstützung ehemaliger Krieger, 3 Millionen Mark auf Ausgaben zur Linderung der Not in den Grenzprovinzen, 1 1/2 Millionen Mark auf die Landtagswahlen, je 700 000 Mark auf Unruheschäden und Kriegsgräberfürsorge.

Ueber das Ministerium für Volkswohlfahrt bringen wir folgende Angaben (in Millionen Mark):

| | Wirklichkeit Haushaltsplan | | |
|---|----------------------------|-------|-------|
| | 1930 | 1931 | 1932 |
| Einnahmen | 313,7 | 205,4 | 159,5 |
| Ausgaben | 349,0 | 242,8 | 210,8 |
| Zuschuß-Bedarf | 35,3 | 37,4 | 51,5 |
| Hiervon entfallen auf Notstandsarbeiten, Zuschüsse an Kommunen zu ähnlichen Zwecken, Wohlfahrtspflege | 22,6 | 26,1 | 41,6 |

Preußenhaushalt vor dem Staatsrat.

Die Not der Gemeinden.

h Berlin, 9. März.

Der Preussische Staatsrat begann am Mittwoch die Beratung des Haushaltsplanes für 1932.

Der Hauptberichterstatler KAISER (Ztr.) trug den Inhalt des von der Ausschussmehrheit vorgeschlagenen Gutachtens vor, wonach — unter Aufrechterhaltung früher ausgesprochener Bedenken — Einwendungen nicht erhoben werden. Aus den vom Berichterstatter vorgetragenen allgemeinen Bemerkungen:

Wenngleich eine Zusammenfassung der Siedlungsbetreuung bei einer Verwaltung richtig sein möge, so wäre doch wohl die preussische Verwaltung mit ihrer vorhandenen — nicht erst zu schaffenden — Organisation die geeignete Stelle. (Diese Bemerkung richtet sich dagegen, daß das Reich vom preussischen Staat dessen Anteil an den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und an der Siedlungsbank erprobt durch Zuschuß von 100 Millionen zum preussischen Haushalt. Red.)

Mit ernstester Sorge stelle der Staatsrat erneut fest, daß der Staatshaushaltentwurf für 1932 wiederum den Gemeinden keinerlei Hilfe bringe, eher sogar sie weiter belaste.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Italien und Oesterreich.

Wien, 9. März.

Die Reise des Sektionschefs SCHÜLLER nach Rom betrifft die technische Durchführung des österreichisch-italienischen Ausfuhrförderungs-Abkommens, das in den letzten Tagen in Rom unterzeichnet worden ist. Dieser Vertrag sieht die Schaffung eines gemeinsamen Amtes zur Gewährung von Ausfuhrkrediten vor, das seinen Sitz in Mailand und eine Zweigstelle in Wien haben soll.

Mit dem Mitteleuropa-Plan Frankreichs haben diese Verhandlungen unmittelbar nichts zu tun. Man glaubt auch nicht, daß Dr. SCHÜLLER, der lediglich als Beamter nach Rom fährt, dort mit dem ungarischen Minister WALKO in Verbindung bzw. in Verhandlungen treten wird.

Ungarn und der Donauebund-Plan.

Budapest, 9. März.

In einem Leitartikel des „Pesti Hirlap“ schreibt Baron SZTERENYI, eine Aeußerung TARDIEUS anläßlich der Kammerberatung der tschechoslowakischen Anleihe sei geeignet, in Ungarn Bedenken hervorzurufen. TARDIEU deutete nämlich an, daß im Laufe der wirtschaftlichen Donauebund-Verhandlungen die „künstlichen Industrien“ einzelner Länder abgebaut werden sollen. Dies könne nur die Bedeutung haben, schreibt SZTERENYI, daß die Bemühungen darauf gerichtet sind, die österreichische und tschechische Industrierausfuhr nach Ungarn zu fördern. Die ungarische Industrie sei bereit, Opfer zu bringen, aber nur, wenn die ungarische Landwirtschaft Märkte erhalte, die den gesamten Ueberschuß abkaufen. Auch darf ein eventuelles Eingehen Ungarns auf den französischen Vorschlag nicht als Preisgabe der Ansprüche auf Ueberprüfung der Friedensverträge angesehen werden. Ungarn wird niemals Vereinbarungen treffen, die eine Berücksichtigung Deutschlands und Italiens außer Acht ließen. Schließlich müsse anderen Staaten, die sich, in ihren Meistbegünstigungsinteressen geschädigt, der ungarischen Ausfuhr verschließen würden, der Beitritt zu neuen Vereinbarungen ermöglicht werden.

Auch in Prag und Belgrad Bedenken.

Am Dienstag gab der tschechoslowakische Ministerpräsident bei einem Presse-Empfang eine Art Regierungserklärung ab, bei der er auch den Donauebund-Plan erwähnte. Er beschränkte sich dabei auf die Erklärung, die Tschechoslowakei werde über Donauföderation oder sonstige Gebilde mitteleuropäischer Zusammenarbeit stets ihr eigenes Urteil haben und ihre Entscheidungen mit Rücksicht auf eigene Interessen und eigene Erfahrungen fällen. Diese scharfe Betonung der tschechoslowakischen Unabhängigkeit und Unbeeinflussbarkeit richtet sich möglicher Weise gegen die Vermutung, Frankreich habe im Zusammenhang mit seiner Anleihe an die Tschechoslowakei von dieser politische Zugeständnisse erhalten.

In der Haltung der südslawischen Presse ist nach anfänglicher Zustimmung ein ziemlicher Umschwung eingetreten. Man fürchtet ein Erstarken des österreichischen und ungarischen Einflusses. Ein Blatt erklärt, die Kleine Entente habe weder ein wirtschaftliches noch ein politisches Interesse an einem Zollabkommen mit Wien.

Die gegenwärtige Organisation der Erwerbslosenfürsorge könne man nur als das System der Systemlosigkeit bezeichnen. Wenn die Reichs- und Staatspolitik weiterhin der Notlage der Gemeinden nicht in dem erforderlichen Umfange Rechnung trage, so werde die „pflegerische Betreuung“ (!) der erwerbslosen Volksgenossen durch die Gemeinden in naher Zukunft in Frage gestellt werden. (Die Kritik an der Organisation der Erwerbslosenfürsorge richtet sich gegen die Aufteilung der Unterstützten in drei Kategorien — Hauptunterstützungsempfänger, Krisenunterstützte, Wohlfahrtsempfänger —, von denen jede aus einer anderen Kasse unterstützt wird. Das führt zu einem Abschieben der Erwerbslosen von einer Kasse zur anderen. Die Kritik an diesem System, in dem allerdings durchaus System liegt, ist also berechtigt. Red.)

Mitberichterstatler RIVE-Halle: Der Haushaltsplan gehe — ebenso wie der Reichshaushalt — achtlos an der von Woche zu Woche drohender werdenden Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände vorbei. Dieser Zustand sei um so bedenklicher, weil das Reich die seit Jahren vom Staatsrat wie von den Kommunal- und Spitzenverbänden auch im Reichstag und Landtag geforderte Vereinheitlichung und Verbilligung der Arbeitslosenfürsorge nicht durchführe und für 1932 sogar eine Kürzung der Reichsunterstützung der kommunalen Erwerbslosenfürsorge von 230 Millionen auf 50 Millionen Mark plane, während eine wesentliche Erhöhung dieser Unterstützungsmittel erforderlich sei.

Ueber die Erwerbslosenfürsorge, insbesondere über die Belastung der Gemeinden durch sie, sprachen auch die meisten anderen Redner. So betonte BODEN (Ztr.): Es sei unbedingt notwendig, daß schon in der nächsten Zeit eine Zwischenlösung zur Entlastung der Gemeinden erfolge.

KOENEN (KPD): Kennzeichnend sei, daß dieser sozialdemokratische Bankrotthaushalt nur eine einzige Ausgaben-erhöhung vorsehe, und zwar für die Schutzpolizei.

Aus dem bayerischen Haushalt.

Immer noch Geld zu viel.

H. Lt. Im Finanz-Ausschuß des bayerischen Landtages wurden für die sogenannten philosophisch-theologischen Hochschulen rund 634 000 Mark (gegenüber rund 760 000 Mark im Vorjahre) bewilligt. Kultusminister GOLDENBERGER stellte fest, daß zwar die staatlichen Aufwendungen für einen Studierenden an diesen Hochschulen höher sind als für einen Studierenden an den großen Universitäten Würzburg und München, aber doch nicht so hoch wie der Kopfaufwand bei der kleinen Universität Erlangen. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Ausgaben für die philosophisch-theologischen Hochschulen wurde abgelehnt.

Litauen zur Memelfrage.

Die juristischen Beauftragten der drei Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention, England, Frankreich und Italien, erwägen den Plan, den Memelstreit nicht vor den Haager Schiedsgerichtshof, sondern vor einen eigens zu diesem Zweck eingesetzten Schiedsrichter zu bringen. Die litauische Abordnung in Genf teilt mit, daß man sich hierüber grundsätzlich geeinigt habe. Als Schiedsrichter solle nicht ein Staatsoberhaupt, sondern ein maßgebender Jurist gewählt werden. Die Frage, über die er zu entscheiden haben wird, soll etwa dieselbe sein, die dem juristischen Ausschuß Mitte Februar vergeblich vorgelegt worden ist: Hatte der Gouverneur des Memelgebiets nach dem Memelstatut das Recht, den Memeler Landtagspräsidenten abzurufen?

Die litauische Abordnung in Genf überreichte den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens ein Schriftstück, das Anklagen gegen Deutschland enthält. Es wird darin behauptet, daß der deutsche Generalkonsul in Memel sich unberechtigter Weise in die Verhandlungen zur Bildung des neuen Direktoriums einmische und von den Mehrheitsparteien über alle hierfür bedeutsamen Besprechungen unterrichtet werde, denen er daraufhin Anweisungen für ihr Verhalten gebe. Weiter wird auf die Verhandlungen des deutschen Reichskanzlers mit Vertretern des Memellandbundes hingewiesen sowie auf seine Reichstagsrede, auf die die litauische Regierung aber nicht näher eingehen wolle. Solche Herausforderungen Litauens erschweren, so sagt die Denkschrift, die Durchführung des mit den Signatarmächten unterzeichneten Abkommens über die Bildung eines neuen Direktoriums, ja mache eine solche Bildung vielleicht gar unmöglich.

De Valera Präsident im Freistaat Irland.

Die vergitterte Galerie.

in London, 9. März.

Das neue irische Parlament trat am Mittwoch nachmittag zum erstenmal zusammen. Als die Abgeordneten der republikanischen Fianna Fail-Partei den Sitzungssaal betraten, wurden sie von den überfüllten Tribünen lebhaft begrüßt, während die Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei mit Ausdrücken des Unwillens empfangen wurden. DE VALERA wurde bei seiner Ankunft eine lebhaftige Huldigung dargebracht.

Mit 81 gegen 68 Stimmen wurde DE VALERA, der Führer der Republikaner, zum Präsidenten gewählt. Am Mittwochabend verkündete er im irischen Landtag die Zusammensetzung des neuen Vollzugsausschusses. Die Wahl DE VALERAS zum Präsidenten wurde vom englischen König bestätigt.

Im Parlament waren am ersten Sitzungstage weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Die Galerie war mit einem Drahtgitter abgesperrt, dessen Geflecht so eng war, daß nicht einmal ein Papierfetzen in den Sitzungsraum geworfen werden konnte. Die Polizei stand vor dem Gitter Schütze auf, bis die Sitzung begann.

Siedlung.

Die Reichsstelle für Siedlerberatung (Berlin W 9, Leipziger Platz 17) gibt in einer Flugschrift „Aufgaben und Formen der bäuerlichen Ostsiedlung“ einen guten Ueberblick über das, was sie in der nächsten Zeit für möglich hält. (24 Seiten großen Formats mit vielen Bildern und Zeichnungen. Preis: nur 30 Pfennig.)

Am lehrreichsten ist der Bericht über die Aufstiegs-siedlung in Mecklenburg. Dort ist es in zwei Fällen gelungen, die Kaufpreise auf 50—60 Prozent der bisherigen Preise für Siedlungsstellen zu senken, insbesondere dadurch, daß geschlossene Gruppen von Siedlern bei den Aufteilungsarbeiten mitgeholfen haben. Auf Grund der Mecklenburger Erfahrungen scheint es wichtig, das geschlossene Gruppen gemeinsam diese Arbeit übernehmen und daß unter ihnen ein Führer ist, möglichst ein Bauer, der die Siedlergruppe selber ausgewählt hat und in der Lage ist, die innerhalb der Gruppe natürlich auftretenden Spannungen zu beseitigen. Seine Aufgabe ist es außerdem, die auf dem zu besiedelnden Gut lebenden Landarbeiter in die Siedlergruppe hineinzuziehen.

Wie die Siedler selber in einem der neuen mecklenburgischen Siedlungsdörfer zu der hier angedeuteten Form der Siedlung stehen, zeigt der folgende Auszug aus einem Schreiben der Siedler von Polnitz:

„Wir Unterzeichneten aus Polnitz und aus Hannover stammenden Siedler haben in Polnitz Siedlungsstellen gekauft. Diese Siedlungsstellen sind unter unserer Mithilfe ausgelegt und ausgebaut worden. Es wurde von uns je eine erforderliche Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, die in der Zwischenwirtschaft und beim Bau der Stellen arbeitete. Unsere Siedlungsstellen sind durchschnittlich 60 Morgen groß und kosten rund 22 000 Mark einschließlich der Gebäude, anteiliger Ernte (70 Prozent) und des auf dem Gut vorhanden gewesenen lebenden und toten Inventars, das sich nach unserer Schätzung bei der Verteilung bis auf etwa 1300 Mark je Siedler belief. Wir Siedler sind der Meinung, daß die Art der Besiedlung eines Gutes, wie sie in Polnitz vorgenommen worden ist, heute bei den jetzigen Verhältnissen die richtige ist. Durch die vereinfachten Bauten sowie Einsparung aller nicht unbedingt notwendigen Kosten ist es möglich gewesen, die Siedlungsstellen zu Preisen abzugeben, die weit unter den bisher verlangten Preisen lagen, und wo die erforderliche Anzahlung es auch Landarbeitern und minderbemittelten Siedlungsbewerbern ermöglichte, zu einer selbständigen Existenz zu kommen. . . .“

Die Belastung an Zinsen und Tilgung für unsere Stellen beträgt im Durchschnitt 13 Mark je Morgen.

Hier in Polnitz sind im vergangenen Jahre bereits fünf Siedlungsstellen in dem bisherigen Verfahren ausgelegt worden. Diese Stellen kosteten 35 000 Mark ohne Inventar. Wir glauben, daß unter den heutigen Verhältnissen diese Siedler sehr schwer zu kämpfen haben werden, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Auf alle Fälle halten wir es für die einzig zweckmäßige Methode, sich auf dem Wege der Aufstiegs-siedlung anzusiedeln, selbst, wenn die damit verbundenen Erleichterungen finanzieller und wirtschaftlicher Art mit einem Mehraufwand von Arbeit und einem Verzicht auf manche Bequemlichkeiten verbunden sind. Im Interesse unserer zukünftigen Standes- und Berufsgenossen würden wir es daher begrüßen, wenn von allen an der Siedlung beteiligten und insbesondere den leitenden Stellen die Notwendigkeit der Aufstiegs-siedlung erkannt und diese nach Kräften gefördert werden würde.

gez.: von allen Siedlern in Polnitz.“

Für durchgreifende Siedlungspolitik.

Professor Dr. AERBOE schreibt in der „Germania“ einen Aufsatz, in dem er eine einheitlichere Siedlungspolitik fordert, als sie bisher betrieben worden ist. Er ist der Ansicht, daß die gesamte Siedlung dem Reichskommissar für die Osthilfe unterstellt werden soll. Dieser soll sie so handhaben, daß Güter, denen auch im Sicherungsverfahren der Osthilfe nicht mehr geholfen werden kann, als Siedlungsland benutzt werden.

AERBOE erblickt ein günstiges Zeichen für die Vereinheitlichung der Siedlungspolitik in dem Ausscheiden Preußens aus der Deutschen Siedlungsbank und den Siedlungsgesellschaften. — Gewiß hat dies zur Vereinheitlichung geführt. Da aber die Regierungsstellen des Reiches noch reaktionärer sind als die Preußens, ist zu befürchten, daß nunmehr die Interessen der Großagrarier noch besser wahrgenommen werden als bisher.

Dagegen sagt AERBOE mit Recht, daß eine rationelle Siedlung nur geschaffen werden kann, wenn sie „zusammen mit der Sanierung der östlichen Landwirtschaft als Agrarreform durchgeführt“ wird. — Eine Agrarreform, die den Bankrott der Großgrundbesitzer herbeiführt und die Getreidezölle abbaut, ist in der Tat Voraussetzung, nicht nur für rationelle Siedlung, sondern für den Aufstieg der Landwirtschaft überhaupt.

Reichsbank. Eigene Deckungsbestände leicht gestiegen.

(Angaben in Millionen Mark.)

| | Gold | Devisen | Reichs-schatz-wechsel | Lombard-ford. | Wechsel-schecks | Noten-umlauf | Giro-uthaben | Gesamt-Geld-umlauf |
|-------------|------|---------|-----------------------|---------------|-----------------|--------------|--------------|--------------------|
| 28. 2. 1931 | 2285 | 166 | 76 | 301 | 1979 | 4428 | 325 | 6033 |
| 7. 3. 1931 | 2285 | 189 | 44 | 85 | 1842 | 4145 | 301 | 5701 |
| 31. 1. 1932 | 948 | 145 | 33 | 158 | 3632 | 4407 | 394 | 6320 |
| 7. 2. 1932 | 928 | 147 | 22 | 129 | 3462 | 4276 | 333 | — |
| 29. 2. 1932 | 928 | 149 | 44 | 303 | 3324 | 4268 | 423 | 6253 |
| 7. 3. 1932 | 880 | 156 | 84 | 218 | 3268 | 4179 | 310 | 6159 |

Am 4. März sind, wie berichtet, 10 Millionen Dollar, also 42 Millionen Mark, an die Notenbanken von England, Frankreich und New York und an die BIZ in Basel zurückgezahlt worden. Trotzdem haben sich die Deckungsbestände nur um 40,9 Millionen Mark verringert: Einem Goldabgang von 48,5 Millionen Mark steht ein Devisenzugang von 7,6 Millionen Mark gegenüber. Die eigenen Deckungsbestände haben also um 1,1 Millionen Mark zugenommen.

Von den neuen Ausleihungen zum Monatsende in Höhe von 357 Millionen Mark sind während der ersten März-Woche 150 Millionen Mark zurückgezahlt worden: Am stärksten haben die Lombardforderungen der Reichsbank abgenommen, nämlich um 85 Millionen Mark; Wechsel und Schecks haben um 55, Reichsschatzwechsel um 10 Millionen Mark abgenommen.

Unsere bei Betrachtung des vorigen Reichsbankausweises geäußerte Vermutung, die Banken hätten, um ihre Ende Februar abschließenden Zwei-Monats-Bilanzen zu verschönern, besonders hohe Giro Guthaben angesammelt, wird durch den jetzt vorliegenden Ausweis bestätigt. Die Giro Guthaben haben um 104 Millionen Mark abgenommen, das heißt, sie sind in Notengeld umgewandelt worden. Der Notenumlauf ist deshalb längst nicht so stark wie die Ausleihungen der Reichsbank zurückgegangen, nämlich nur um 89 Millionen Mark.

Zahlen zur Lage der deutschen Schwerindustrie.

Umsätze — Belegschaft.

Die nachstehenden Zahlen beziehen sich auf die Geschäftsjahre der dort genannten Konzerne. Diese endigen bei Krupp und den Vereinigten Stahlwerken am 30. September, bei den anderen Konzernen am 30. Juni.

Umsatz in Millionen Mark.

| | 1928/29 | Gegen Vorjahr + - | 1929/30 | Gegen Vorjahr + - | 1930/31 | Gegen Vorjahr + - |
|-------------------------------|---------|-------------------|---------|-------------------|---------|-------------------|
| Friedr. Krupp A.-G. | 422 | ? | 389 | - 7,8% | 265 | - 31,9% |
| Ver. Stahlwerke A.-G. | 1 445 | fast unv. | 1 261 | - 12,7% | 849 | - 32,7% |
| Hoesch-Köln | 166 | + 9,7% | 221 | ? | 151 | - 31,7% |
| Neue-sen | ? | ? | ? | ? | ? | ? |
| Gutehoffnungshütte Oberhausen | 219 | + 5,9% | 218 | - 0,5% | 139 | - 36,4% |

*) Ohne Köln-Neuessener Bergwerksverein.

Belegschaft am Ende des Geschäftsjahres.

| | 1928/29 | Gegen Vorjahr + - | 1929/30 | Gegen Vorjahr + - | 1930/31 | Gegen Vorjahr + - |
|-------------------------------|---------|-------------------|---------|-------------------|---------|-------------------|
| Friedr. Krupp A.-G. | 68 062 | - 2,67% | 57 541 | - 15,45% | 44 107 | - 23,25% |
| Ver. Stahlwerke A.-G. | 192 047 | + 2,16% | 161 067 | - 21,34% | 110 738 | - 26,69% |
| Hoesch-Köln | ? | ? | 31 405 | ? | 25 774 | - 17,93% |
| Neue-sen | ? | ? | ? | ? | ? | ? |
| Gutehoffnungshütte Oberhausen | 32 895 | + 5,68% | 28 857 | - 12,27% | 22 753 | - 21,15% |

*) Bei HOESCH liegen nur die Jahresdurchschnittsziffern vor.

Im ersten Jahr stiegen die Umsätze stärker als die Belegschaft, im zweiten sanken die Umsätze weniger als die Belegschaft. Beides ist die Folge von Rationalisierung und stärkerem Antreibersystem.

Im neuesten Bericht zeigt sich, daß die Umsätze stärker zurückgehen als die Belegschaft. Das dürfte nur zum Teil durch Kurzarbeit und Feierschichten verursacht sein. Zum Teil ist es wohl die Folge der schlechteren Ausnutzung der Betriebe.

BULGARIEN

Der Gesetzentwurf zum Schutz der bäuerlichen Schulden ist vom Ministerrat angenommen und dem Parlament zugeleitet worden. Alle Landwirte mit weniger als 20 Hektar Land können ihre Schulden bis zur Höhe von 150 000 Lewa (rund 9000 Mark) durch Zwangsvergleich um 30 Prozent herabsetzen, außerdem den Zinsfuß auf 8 Prozent. Ferner können sie von Gesetzes wegen lange Rückzahlungsfristen in Anspruch nehmen: für Schulden bis zu 15 000 Lewa (rund 900 Mark) drei Jahre, bis zu 50 000 Lewa (rund 3000 Mark) fünf Jahre, für höhere Schulden sogar acht Jahre.

Das Kartellgesetz wird angewandt: Die Registrierung der Kartelle der Bier- und Zuckerfabriken ist von der Kartellkommission verweigert worden; das bedeutet die Auflösung der Kartelle. Unter den Bierbrauereien ist der Konkurrenzkampf bereits im Gange.

Beimischungszwang für Triebstoff. Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das die Verwendung von reinem Benzin als Triebstoff verbietet und die Beimischung von 25 Prozent Spiritus verlangt. Man hofft so, der bulgarischen Landwirtschaft zu helfen, der eine bessere Verwertung ihrer Kartoffeln ermöglicht würde, und die Benzineinfuhr um ein Viertel herabzudrücken, wodurch die Devisenbilanz verbessert würde.

ENGLAND

Straßenbau: 1931 sind in Großbritannien über 700 km Betonstraßen gebaut worden, mehr als je zuvor in einem Jahre. Im ganzen gibt es jetzt in England 2500 km Betonstraßen, einige davon sind vor 15 Jahren gebaut worden und haben zwischen kaum Unterhaltskosten verursacht.

Die Wirtschaftskrise.

Weltwirtschaft.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in seinem neuesten Vierteljahrheft über die Weltkonjunktur Ende Februar 1932:

„Die Abkapselung der Volkswirtschaften im Kampf um ihre Währung und ihren Binnenmarkt hat das Geflecht internationaler Handels- und Verkehrsbeziehungen in den letzten Monaten in starkem Umfang zerstört. Der Welthandelsumsatz ist erneut stark zurückgegangen. Der internationale Fremdenverkehr und die Wanderbewegung kommen mehr und mehr zum Erliegen. Der Weltkreditverkehr ist nahezu völlig erstarbt; die Gläubigerländer waren weiterhin bestrebt, ihre Auslandskapitalien zurückzuziehen. Dieser Tendenz wurde zunehmend durch Moratorium oder Stillhalteabkommen entgegengewirkt.“

Seit dem Höchststand von 1929 hat sich die Produktionsmenge der Welt um 30 Prozent verringert, ohne Einrechnung von Sowjetrußland sogar um 38 Prozent, also unter den Stand von 1913. In allen Ländern, einschließlich derjenigen, die die Goldwährung aufgegeben haben, ist die Kaufkraft der Massen weiter zurückgegangen. Eine leichte Besserung zeigte sich in Großbritannien und einigen Rohstoffländern, die Produkte für Verbrauchsgüterindustrien liefern.

Durch den verstärkten Kampf um den Absatzmarkt wird in den meisten Ländern zwangsweise eine Deflationspolitik getrieben. Da keine Ansätze zu erneuter Kapitalbildung vorhanden sind, auf eine Verflüssigung der Kreditmärkte also noch nicht zu rechnen ist, wird diese Politik wohl auch weiter fortgeführt werden.

Für die Weltwirtschaft als Ganzes gesehen erblickt das Institut für Konjunkturforschung keine Anzeichen für einen Konjunkturrückgang.

Deutschland.

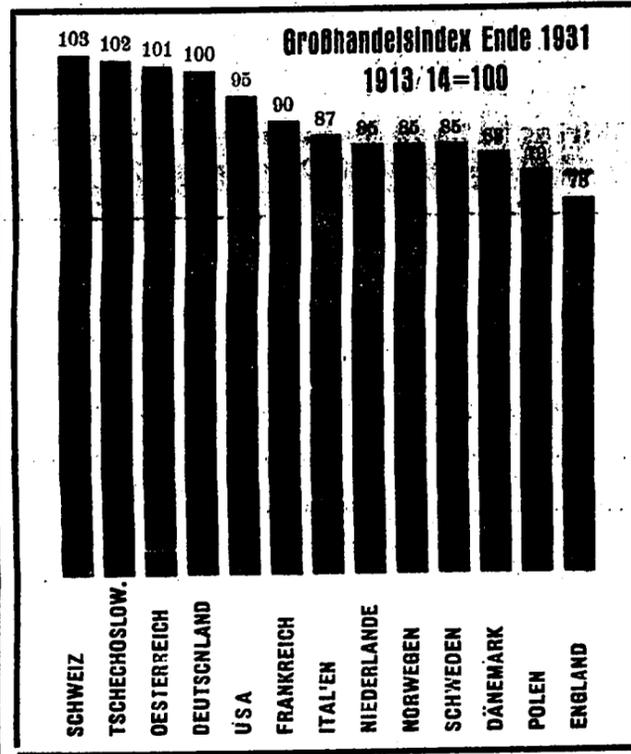
Nur 70 Prozent der Arbeiter und Angestellten sind noch beschäftigt. Die Betriebe sind zu 40 Prozent ausgenutzt. Die Einkommen der Massen sind so weit zurückgegangen, daß Spareinlagen für den laufenden Konsum in Anspruch genommen werden.

Die Rentabilität der Betriebe leidet unter den verringerten Erträgen aus dem laufenden Geschäft. Abschreibungen sind besonders wichtig, weil nach Ansicht des Instituts, selbst im Falle einer Wiederbelebung, die Betriebe nicht in der Lage sein werden, einen dem alten Kapital angemessenen Ertrag herauszuwirtschaften.

Der Bruttoproduktionswert der deutschen Produktion beträgt 3 Milliarden Mark monatlich, gegenüber 7,5 Milliarden Mark zur Zeit des konjunkturellen Höchststandes.

Auch für die Besserung der Konjunktur in Deutschland sieht das Institut keinerlei Anzeichen.

Die internationale Preissenkung.



In dem vorstehenden Schaubild wird für eine Reihe von Ländern der Stand der Großhandelspreise von Ende 1931 verglichen mit dem Stand von 1913/14. Für Länder mit entwerteter Währung sind dabei die Preise auf Gold umgerechnet worden.

Die Senkung des Preisstandes in verschiedenen Ländern zu vergleichen, ist nur mit Vorbehalt möglich. Denn zur Berechnung der Indexziffern sind in den verschiedenen Ländern verschiedene Waren herangezogen worden. Immerhin lassen sich folgende interessante Feststellungen machen: Die Preissenkung gegenüber 1913/14 ist in Dänemark, Norwegen und Schweden, also Ländern mit entwerteter Währung, ungefähr ebenso groß wie in den Niederlanden, einem Freihandelsland mit aufrechterhaltener Goldwährung. In England, das Ende 1931 noch grundsätzlich ein Freihandelsland war und eine entwertete Währung hatte, waren Ende 1931 die Preise noch stärker gesunken, offenbar, weil beide Umstände (Freihandel und Goldentwertung) zusammentrafen. Dagegen sind zum Beispiel in den U.S.A. und Deutschland, also Ländern mit Hochschutzzöllen und aufrechterhaltener Goldwährung, die Preise fast so hoch wie 1913/14.

Die auseinanderklaffende Preisentwicklung in den verschiedenen Ländern müßte eigentlich einen lebhaften Handelsverkehr zwischen ihnen zur Folge haben, der die Preisunterschiede ausnutzt und dadurch zu ihrer Ausgleichung beiträgt. Wir wissen, daß diese Ausgleichung durch verwickelte Systeme von Maßnahmen verhindert wird, nicht zum Nutzen der Konsumenten!

Oase Putlitz.

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die trotz hoher Steuern ihren Haushalt nicht ausgleichen können, kommt die kleine, 1800 Einwohner zählende, Stadt Putlitz bisher ohne Bürger- und Biersteuer aus. Die geringe Schuldenlast von 63 000 Mark und große Sparsamkeit in der Verwaltung brachten es mit sich, daß der 142 000-Mark-Haushalt der Stadt trotz erhöhter Inanspruchnahme des Wohlfahrtshaushalts ausgeglichen werden konnte.

DEUTSCHLAND

Steuerrückstände: Das Reichsfinanzministerium gibt in einem Erlaß Anfang März den Gesamtbetrag der nicht gestundeten Steuerrückstände auf 190 Millionen Mark an. — Was geschieht zur Eintreibung? Was würde mit einem Arbeiter geschehen, der die Einbehaltung seiner Lohnsteuer und deren Auszahlung an sich selber bewerkstelligte?

Der deutsch-russische Handelsverkehr betrug in Millionen Mark:

| | Einfuhr nach Rußland | Einfuhr aus Rußland |
|------|----------------------|---------------------|
| 1927 | 330 | 433 |
| 1928 | 403 | 379 |
| 1929 | 354 | 426 |
| 1930 | 431 | 436 |
| 1931 | 762 | 304 |